

Schlichtung in Kita-Tarifstreit gescheitert. Jetzt sind Bund & Länder gefragt

Sonntag, 9. August 2015

Mehr Geld als zwischen 2 und 4,5 % für ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen seien nach Ansicht der kommunalen Arbeitgeber nicht zu finanzieren – „viel zu wenig“ entschieden die Kita-Beschäftigten und lehnten mit großer Mehrheit das Ergebnis der Schlichtung ab. Auch DIE LINKE. Mönchengladbach hält den Schlichterspruch für zu niedrig angesetzt und fordert die kommunalen Arbeitgeber nun auf Bund und Länder in die Verantwortung zu nehmen.

Dazu erklärt Erik Jansen, Mitglied des Kreisverbandsvorstandes:

Der bundesweite Kita-Streik war kein Streik, um ein vermeintlich gutes Gehalt um ein paar Euros aufzustocken, sondern er war und ist Ausdruck, um auf das eklatante Missverhältnis zwischen den tatsächlichen Aufgaben von ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen und dem dazu geringen Gehaltseinkommen aufmerksam zu machen.

Den ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen werden unsere Kinder anvertraut, um sie mit großer Verantwortung zu betreuen, zu bilden und sie bei ihrer Entwicklung qualifiziert zu begleiten. Sie haben somit nicht nur eine betreuende Funktion sondern sind zeitgleich auch Manager und Pädagogen. Daher halten auch wir das Ergebnis der Schlichtung als zu gering angesetzt und fordern viel mehr eine spürbare Anhebung der Gehälter, die zu einer gerechten Entlohnung führt.

Damit die Kommunen dies leisten können sind Bund und Länder gefragt. Für NRW brauchen wir im ersten Schritt eine KIBIZ Reform, die diesen Namen auch verdient. Zwar hat die Reform vom 01.08.2014 zusätzliche finanzielle Leistungen für mehr Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit z.B. durch den Ausbau der Sprachförderung auf den Weg gebracht - das eigentliche Problem für Kitas und deren Angestellten, die Basisfinanzierung, jedoch unberührt gelassen. Daher sind unserer Auffassung nach, die Parteien im Rat der Stadt gefragt durch eine entsprechende Resolution auf die miserablen finanziellen Zustände der freien und städtischen Kita-Träger aufmerksam zu machen und eine entsprechende Reform einzufordern.